

1.2 Bevölkerungsentwicklung

DIE BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG ist eine wichtige Kennzahl für die Sozialpolitik. Eine steigende Lebenserwartung, ein höherer Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung, neue Familienkonstellationen sowie Migration führen nicht nur zu Veränderungen in unserer Gesellschaft, sondern haben auch Auswirkungen auf die Inanspruchnahme sozialer Dienstleistungen.

Die durch die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung verursachte Bedarfsentwicklung stellt für Wien eine große Herausforderung dar. Vor allem der Anstieg der Gruppe der Hochbetagten erfordert den Ausbau und die Weiterentwicklung von Pflege- und Betreuungsleistungen sowie die Neuausrichtung der sozialen Infrastruktur.

Im Bereich der Sozialhilfe haben vor allem Veränderungen im Familiengefüge sowie die Migration Einfluss auf die Leistungsentwicklung. Mehrkindfamilien, AlleinerzieherInnen und MigrantInnen sind einer hohen Armutsgefährdung ausgesetzt und sehr oft auf Sozialhilfe angewiesen.

Steigende Lebenserwartung, sinkende Geburtenraten sowie Veränderungen in der Zuwanderung führen zu einer stetigen Veränderung der Altersverteilung, die weitreichende gesellschaftliche Konsequenzen mit sich bringt. Ein wesentlicher Aspekt ist dabei die steigende Anzahl älterer Menschen, vor allem der Hochbetagten. Damit verbunden ist eine Verschiebung im Verhältnis der aktiv Beschäftigten zu den PensionistInnen. Veränderungen im Familiengefüge führen weiters zu einer Zunahme von Ein-Generation- bzw. Single-Haushalten. Das Zusammenspiel dieser Veränderungen bewirkt längerfristig eine stärkere Belastung der Sozialsysteme, etwa durch die prognostizierte Zunahme des Bedarfs an Pflegeleistungen.

In Österreich wirken sich diese international feststellbaren demografischen Veränderungen unterschiedlich aus. Während die Wiener Bevölkerung bereits in den 1970er Jahren einen hohen Anteil an älteren Menschen aufwies, ist in den anderen Bundesländern erst jetzt eine signifikante Zunahme der älteren Bevölkerungsgruppen und damit eine stärkere Verschiebung in der Altersverteilung zu beobachten. In Wien lässt sich derzeit im Vergleich zu Gesamtösterreich eine Verjüngung der Bevölkerung feststellen. Zudem zeichnet sich in Wien aufgrund der anhaltenden Zuwanderung entgegen dem bundesweiten Trend ein weiteres Bevölkerungswachstum ab. Die Wiener Stadtverwaltung ist aufgrund dieser spezifischen Veränderungen mit einer anderen Situation konfrontiert als die übrigen Bundesländer.

Wechselvolle Geschichte der Bevölkerungsentwicklung – Wien wächst wieder

Wien nimmt als einzige Metropole in Österreich eine Sonderstellung ein. Mit rund 1,7 Mio. EinwohnerInnen leben hier mehr als 20% der im gesamten Bundesgebiet ansässigen Wohnbevölkerung. Im Großraum Wien sind mit 2,4 Mio. Menschen sogar mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung Österreichs angesiedelt.

Als kaiserliche Reichshauptstadt war Wien bis zum ersten Weltkrieg ein politisches und kulturelles Zentrum, das als viertgrößte Stadt der Welt nach London, Paris und New York mehr als 2 Mio. EinwohnerInnen zählte. Die beiden Weltkriege sowie die Vertreibungs- und Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus führten zu einer starken Reduzierung der Wiener Bevölkerung. 1951 lebten in Wien nur noch rund 1,6 Mio. Menschen. In der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts nahm die Bevölkerung wieder zu. Dieses Wachstum stagnierte Anfang der 1970er Jahre. Ab Mitte der 1970er bis Mitte der 1980er Jahre



Die wachsende Anzahl älterer Menschen sowie Veränderungen im Familiengefüge führen zu neuen Herausforderungen für das gesamte soziale System.



Im Großraum Wien leben rund 2,4 Mio. Menschen, somit mehr als ein Viertel der Bevölkerung Österreichs. Sie alle nutzen die gut ausgebaute Infrastruktur in Wien.

war ein starker Bevölkerungsrückgang zu beobachten, der durch mehrere Faktoren ausgelöst wurde. Ein Grund war das Ableben von relativ altershomogenen Gruppen an ZuwanderInnen, die bereits vor dem *Ersten Weltkrieg* aus den Kronländern nach Wien immigriert waren. Aufgrund der zweiten Ölkrise 1979 ging auch die Zahl der seit den 1960er Jahren als sogenannte *GastarbeiterInnen* angeworbenen ZuwanderInnen zurück. Ein drittes Phänomen lässt sich mit dem Trend zur Suburbanisierung in den 1980er Jahren beschreiben, der zu einer spürbaren Abwanderung aus der Großstadt führte. Auch die Anzahl der Frauen ging stark zurück, in der Zeit von 1975 bis 1990 um rund 80.000. Vermutlich ist diese Entwicklung auf das Ableben vieler Kriegswitwen zurückzuführen (siehe Abb. 2).

Die Bevölkerungsentwicklung von Wien steht seit jeher im engen Zusammenhang mit der Einwanderung.

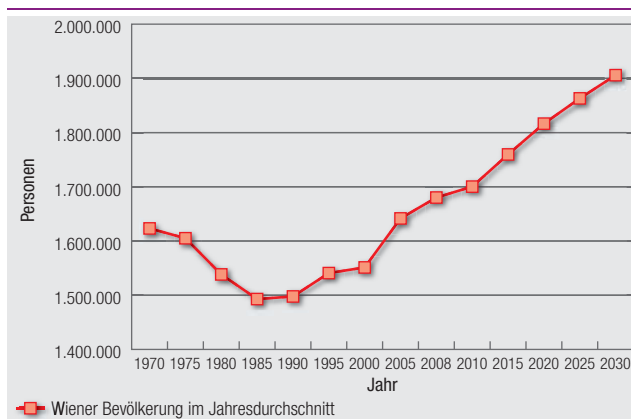


Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung 1970–2030 (Wien)

Quellen: Statistik Austria, bearbeitet durch MA 5 und MA 24

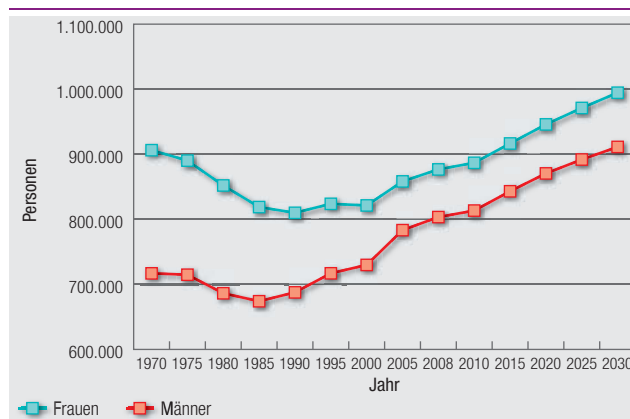


Abb. 2: Bevölkerungsentwicklung nach Geschlecht 1970–2030 (Wien)

Quellen: Statistik Austria, bearbeitet durch MA 5 und MA 24

Der Wirtschaftsaufschwung (Arbeitskräftebedarf) und die Ostöffnung Ende der 1980er Jahre sowie der Krieg auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien Anfang der 1990er Jahre ließen die Bevölkerungszahlen wieder ansteigen, bis Restriktionen in der Zuwanderung diesen Trend ab Mitte der 1990er Jahre wieder abschwächten. In dieser Zeit (1985–2000) ist die Anzahl der Männer stärker gestiegen als jene der Frauen, was zu einer Angleichung der Geschlechteranteile führte.

Durch eine Zunahme der Familienzusammenführungen und nicht zuletzt durch die Niederlassungsfreiheit in der EU kam es seit 2000 wieder zu einem Bevölkerungswachstum, das sich ab 2006 etwas verlangsamte. Da auch der Frauenanteil seit dem Jahr 2000 wieder im Steigen begriffen ist, stagniert die Differenz zwischen Frauen und Männern seither bei 70.000–80.000.

Wien ist im Vergleich zu den anderen Bundesländern am stärksten gewachsen. Der Bevölkerungsstand in Wien beträgt aktuell rund 1,7 Millionen. Im Jahr 2030 soll bereits die 1,9 Millionengrenze überschritten werden (siehe Abb. 1). Dies kann hauptsächlich auf Zuwanderungen aus dem Ausland und eine steigende Lebenserwartung zurückgeführt werden. Dem europäischen Trend entsprechend wird die Anzahl der älteren Bevölkerungsgruppen weiter steigen. Die ZuwanderInnen sind im Gegensatz dazu größtenteils jüngeren Alters.

Wien wird Österreichs jüngstes Bundesland

Vom demografisch ältesten Bundesland in den 1970er Jahren wird sich Wien zu Österreichs jüngstem Bundesland entwickeln. Bereits jetzt gibt es im Vergleich zu Gesamtösterreich einen deutlich höheren Anteil an 20- bis 40-Jährigen

Wien entwickelt sich vom ältesten Bundesland (1970) zum jüngsten Bundesland (2030).

Bevölkerungsstruktur – Österreich				
Jahr	Gesamtbevölkerung (absolut)	Unter 15 Jahre	15 bis 59 Jahre	Ab 60 Jahre
2008	8.336.549	15,2%	62,2%	22,6%
2010	8.396.760	14,8%	62,1%	23,1%
2020	8.748.917	14,2%	59,7%	26,1%
2030	9.048.365	14,2%	54,8%	31,0%

Bevölkerungsstruktur - Wien				
Jahr	Gesamtbevölkerung (absolut)	Unter 15 Jahre	15 bis 59 Jahre	Ab 60 Jahre
2008	1.680.170	14,3%	63,3%	22,3%
2010	1.700.295	14,3%	63,2%	22,5%
2020	1.816.478	14,7%	61,8%	23,4%
2030	1.905.883	15,1%	58,4%	26,6%

Tab. 1: Prognose zur Entwicklung der Bevölkerungsstruktur bis 2030 (Wien - Österreich)

Quelle: Statistik Austria – Bevölkerungsprognose 2009

(siehe Abb. 3). Bis 2030 wird der Anteil der unter 15-Jährigen in Wien um 0,8 Prozentpunkte (von 14,3% auf 15,1%) ansteigen, während er bundesweit um einen Prozentpunkt sinken wird. Die Gruppe der über 60-Jährigen ist österreichweit (22,6%) bereits jetzt etwas größer als in Wien (22,3%). Sie wird im Bundesschnitt bis 2030 wesentlich stärker wachsen als in der Bundeshauptstadt (in Ö: +8,4 Prozentpunkte; in W: +4,3 Prozentpunkte).

Das Durchschnittsalter von Männern in Österreich nimmt kontinuierlich zu, in Wien ist das Durchschnittsalter lange konstant geblieben und ist erst seit Mitte der 1990er Jahre gestiegen. Das Durchschnittsalter von Männern wird in Wien laut Prognose jedoch weit unter dem Österreichschnitt bleiben. Auch das Durchschnittsalter der Frauen nahm in Wien eine andere Entwicklung als in Gesamtösterreich. Während es in Wien seit Ende der 1980er Jahre sank (1970: 44,5 Jahre; 2008: 42,5 Jahre), stieg das Durchschnittsalter der Frauen bundesweit kontinuierlich an (1970: 38,1 Jahre; 2008: 42,5 Jahre). Aktuell ist in Wien eine Veränderung zu beobachten: Das Durchschnittsalter der Frauen steigt wieder an, im Vergleich zu Gesamtösterreich allerdings nur in moderater Form.

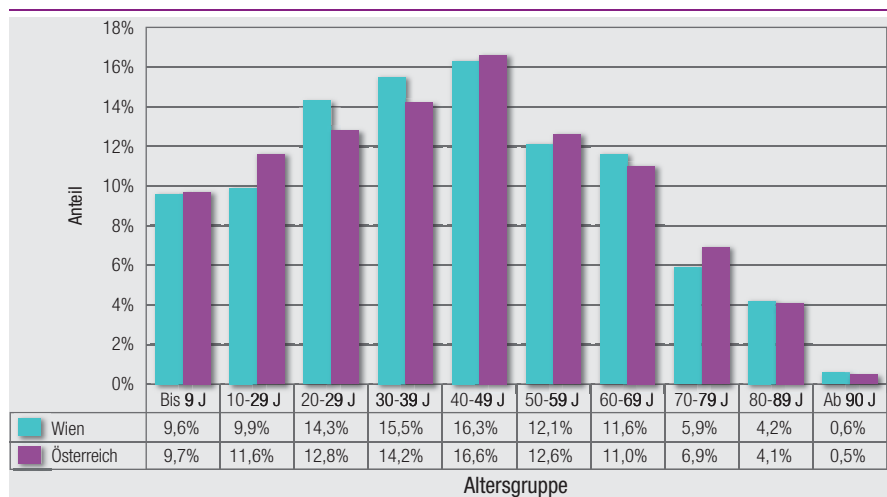


Abb. 3: Bevölkerungsanteile nach Altersgruppen (Wien – Österreich)

Quellen: Statistik Austria, bearbeitet durch MA 5 und MA 24

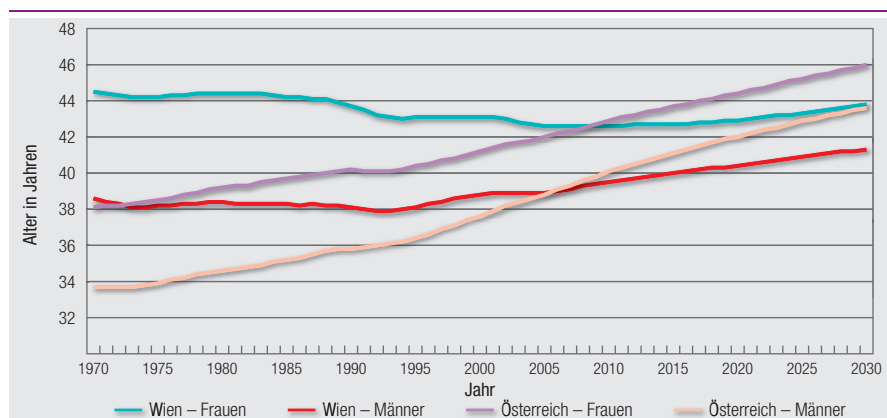


Abb. 4: Entwicklung des Durchschnittsalters 1970–2030 (Wien – Österreich)

Quellen: Statistik Austria, berechnet durch MA 5

Die Lebenserwartung ist in Wien etwas geringer als österreichweit

Die Lebenserwartung¹ ist in Wien mit 82,1 Jahren bei Frauen und 77 Jahren bei Männern etwas niedriger als österreichweit (Frauen: 83 Jahre, Männer: 77,6 Jahre), auch die altersbezogene Differenz zwischen den Geschlechtern fällt etwas geringer aus. Frauen werden in Wien im Schnitt um 5,1 Jahre älter als Männer (Österreich: 5,4 Jahre). Generell steigt die Lebenserwartung jedoch weitgehend gleichmäßig an (siehe Abb. 5).

Auch international ist in Großstädten eine niedrigere Lebenserwartung zu beobachten als in ländlichen Gebieten.

Dies liegt an den schwierigeren sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen, erhöhten Stressfaktoren und auch an bestimmten Lebensstilen, die im städtischen Bereich vermehrt beobachtet werden. Im internationalen Städtevergleich liegt die Lebenserwartung in Wien bei Frauen auf etwa gleicher Ebene mit Hamburg, Köln und London im oberen Mittelfeld, bei Männern ist Wien mit Hamburg, Köln, Rom, Mailand und London vergleichbar und liegt im guten Mittelfeld².

Zwischen 1970 und 1990 konnte sowohl bei Frauen als auch bei Männern eine Verkleinerung der Gruppen der über 60-Jährigen und unter 18-Jährigen beobachtet werden. Seit der Jahrtausendwende hat sich dieser Trend umgekehrt. Es lässt sich ein Anstieg in allen Altersgruppen feststellen, der laut Prognose auch weiter anhalten wird. Dabei ist eine Veränderung in der Geschlechterverteilung zu erwarten. Während bei den unter 18-Jährigen die Burschen eine Mehrheit stellen (2008: 142.000 Mädchen, 149.000 Burschen), sind bei den anderen Altersgruppen die Frauen noch stark in der Überzahl. In der Gruppe der über 60-Jährigen beträgt der Frauenanteil 60% (2008: 225.000 Frauen, 153.000 Männer). Allerdings wird die Anzahl der über 60-jährigen Männer in den nächsten 20 Jahren wesentlich stärker steigen als jene der Frauen in dieser Altersgruppe (2030: 282.000 Frauen, 225.000 Männer).

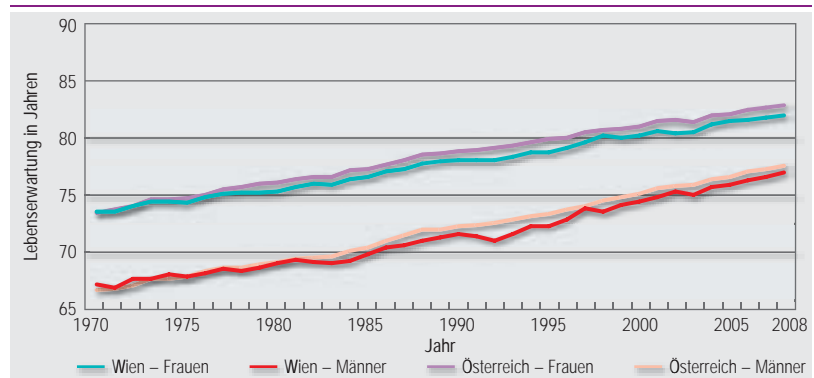


Abb. 5: Entwicklung der Lebenserwartung bei der Geburt 1970–2008 (Wien–Österreich)

Quellen: Statistik Austria, berechnet durch MA 5

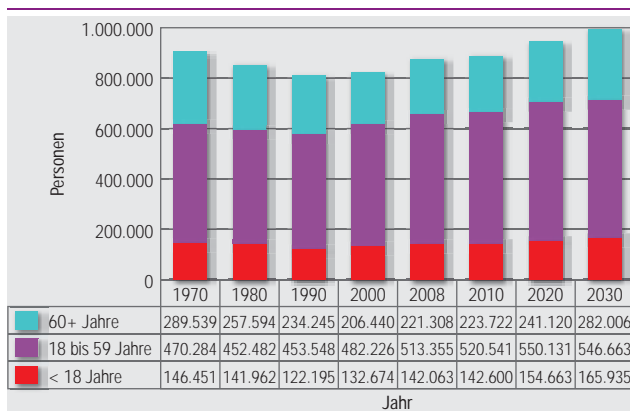


Abb. 6: Altersverteilung und -entwicklung Frauen 1970–2030 (Wien)

Quellen: Statistik Austria, berechnet durch MA 5 und MA 24

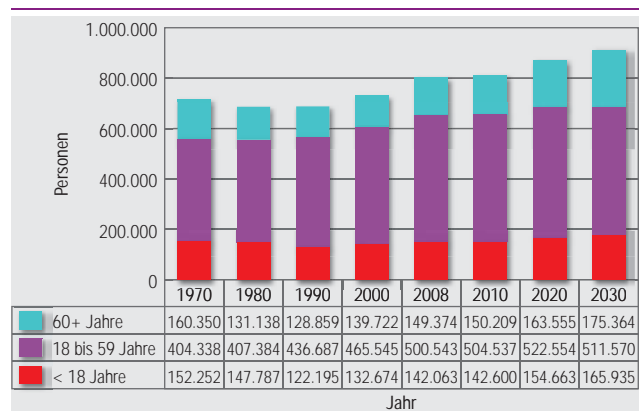


Abb. 7: Altersverteilung und -entwicklung Männer 1970–2030 (Wien)

Quellen: Statistik Austria, berechnet durch MA 5 und MA 24

¹ Bei Geburt im Jahr 2008.

² Stadt Wien (2003): Lebenserwartung und Mortalität im internationalen Vergleich, Wien.



Vor allem die Zahl der Hochbetagten wird in Wien stark ansteigen.

Der Anteil der älteren Bevölkerung wird auch in Wien steigen

In den nächsten Jahren ist mit einer Zunahme der älteren Bevölkerungsgruppen zu rechnen. Aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge wird dieser Anstieg auch über mehrere Jahrzehnte lang anhalten. Während die Jahrgänge 1939 bis 1944 bereits das Pensionsalter erreicht haben, wird die *Babyboomer-Generation* der 50er und 60er Jahre des letzten Jahrhunderts in den nächsten 20 Jahren das Pensionsalter erreichen. Allerdings wird sich die Altersverteilung innerhalb dieser Gruppe verschieben. Der Anteil an Hochbetagten wird weiter steigen.

Die Gruppe der 60- bis 79-Jährigen ist seit dem Jahr 2000 bereits um ca. 14% gewachsen (von ca. 265.000 auf ca. 302.000 Personen), während bei den über 80-Jährigen in diesem Zeitraum sogar ein Anstieg um 22% zu verzeichnen war.

Herausforderungen der demografischen Entwicklung für die Langzeitpflege

Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Ulrike Schneider/Dr.ⁱⁿ Birgit Trukeschitz, *WU Wien, Forschungsinstitut für Altersökonomie*

Die Zunahme des Anteils der Bevölkerung in höheren Altersgruppen in den kommenden Jahren hat vielfache Auswirkungen, die Handlungsbedarf im Bereich der Langzeitpflege hervorrufen:

Veränderung des Umfangs und der Art des Bedarfs an Leistungen der Langzeitpflege: Das Risiko der Pflegebedürftigkeit steigt ab dem 65. Lebensjahr zunächst langsam, dann immer stärker an. Sofern künftige Generationen älterer Menschen nicht deutlich gesünder älter werden, ist mit einem starken Anstieg der Zahl pflegebedürftiger älterer Menschen zu rechnen. Zudem ist davon auszugehen, dass verstärkt Pflegebedürftigkeit aufgrund kognitiver Einschränkungen (Demenz) zu bewältigen sein wird. Dies erfordert auch eine Anpassung der Art der pflegerischen Dienstleistungen.

Veränderung von Zahl und Struktur des Bevölkerungsteils, der Unterstützungsleistungen erbringen kann: Die Zunahme des Anteils kinderloser Menschen und des Anteils von Familien mit nur einem oder zwei Kindern führt dazu, dass Teile der künftigen älteren Bevölkerung keinen oder einen beschränkten Zugang zu intergenerativen Unterstützungsleistungen haben werden. Positiv wirkt demografisch die Angleichung der Lebenserwartung der Männer an jene der Frauen. Das erhöht gerade für ältere Frauen die Chancen der Unterstützung durch ihren Lebenspartner. Die demografische Entwicklung reduziert weiters das Erwerbspersonenpotential. Das verstärkt das Spannungsfeld zwischen unbezahlter Angehörigenpflege und Erwerbsarbeit, was das Potenzial informeller Pflege weiter reduzieren könnte. Zum anderen nimmt die Konkurrenz verschiedener Sektoren um qualifizierte Arbeitskräfte zu. Die Frage ist dann, ob sich die Arbeitsplätze in der Langzeitpflege in diesem Wettbewerb behaupten können.

Die demografisch bedingten Herausforderungen der Langzeitpflege bestehen daher darin, eine **Scherenentwicklung zwischen der Nachfrage nach und dem Angebot an Pflegeleistungen zu verhindern**, die Angebotsvolumina und -strukturen an veränderte Bedarfslagen anzupassen und den erwartbaren Mehrbedarf pflegerischer Unterstützung zu finanzieren.

Zur **Bewältigung dieser demografisch begründeten Herausforderungen** kann an Faktoren angesetzt werden, die jenseits der Demografie Einfluss auf Pflegebedürftigkeit und/oder die Pflegebereitschaft nehmen: Handlungsmöglichkeiten finden sich u.a. in der Förderung eines gesunden und sozial aktiven Älterwerdens, mobilitätsfreundlicher, sicherer und sozial aktivierender Wohnverhältnisse älterer Menschen, der besseren Vereinbarkeit von Angehörigenpflege und Beruf und der Erhöhung der Attraktivität der Arbeitsplätze in der Langzeitpflege. Zusätzlich können neue Technologien für ein selbstbestimmtes Leben im Alter Antworten auf die Herausforderungen bieten. ■



digitalstock: A. Dörr

Die Anzahl der über 80-jährigen Personen wird sich von aktuell rund 80.000 Personen bis 2030 auf rund 117.000 Personen erhöhen.

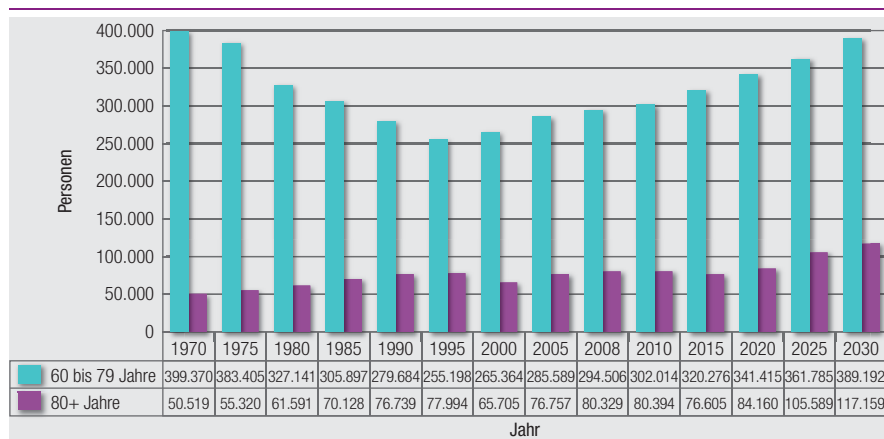


Abb. 8: Entwicklung der Altersgruppen 60–79 und 80+, 1970–2030 (Wien)

Quellen: Statistik Austria, berechnet durch MA 5 und MA 24

In der Gruppe der 60- bis 79-Jährigen zeigt sich eine grundlegende Verschiebung im Geschlechterverhältnis. Im Jahr 2000 waren in diesem Alterssegment noch rund 45% mehr Frauen als Männer vertreten. Bis 2010 hat sich in dieser Altersgruppe die Anzahl der Männer um rund 25% erhöht, jene der Frauen um nur 6%. Aktuell sind nur mehr knapp ein Viertel mehr Frauen in dieser Altersgruppe, und der Männeranteil in dieser Gruppe wird weiter steigen. Bei den über 80-Jährigen lag der Frauenanteil im Jahr 2000 bei ca. 75% und ging bis zum Jahr 2010 auf 71% zurück. Bis 2030 wird ein weiterer Rückgang des Frauenanteils in dieser Altersgruppe auf ca. 62% prognostiziert.

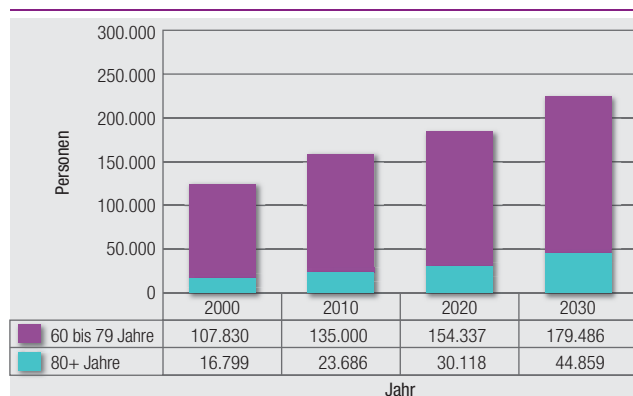


Abb. 9: Entwicklung der männlichen Bevölkerung im Alter von 60–79 und 80+ (Wien)

Quellen: Statistik Austria, berechnet durch MA 5 und MA 24

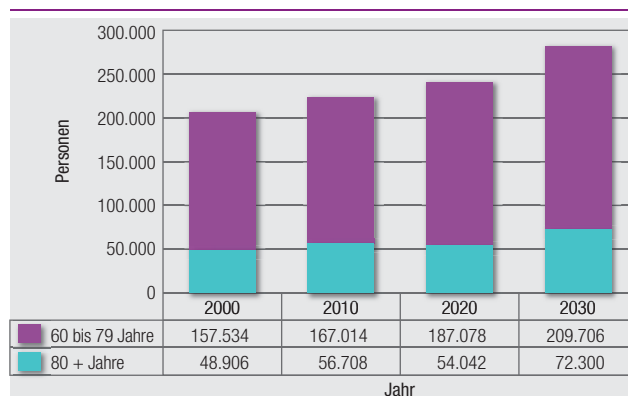


Abb. 10: Entwicklung der weiblichen Bevölkerung im Alter von 60–79 und 80+ (Wien)

Quellen: Statistik Austria, berechnet durch MA 5 und MA 24

Bevölkerungsentwicklung nach Staatsangehörigkeit

Anfang 2009 war ein Fünftel der Wiener Wohnbevölkerung (20,1%) nicht im Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft. Den mit Abstand größten Anteil an WienerInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit nehmen mit rund 128.600 Personen Staatsangehörige europäischer Länder ein, die nicht zur EU gehören. Allen voran jene aus Serbien und Montenegro mit 73.200 Personen. An zweiter Stelle liegen mit 110.000 Personen die EU-BürgerInnen.

Ein Fünftel der Wiener Bevölkerung war 2009 nicht im Besitz der österreichischen Staatsbürgerschaft.

In den letzten Jahren ist bezüglich der Herkunftsländer eine grundlegende Veränderung des Zuzugs nach Wien zu beobachten. Seit dem Jahr 2002 hat sich die Anzahl der aus den europäischen Nicht-EU-Ländern stammenden WienerInnen nur um rund 6% erhöht. Die Gruppe der WienerInnen mit türkischer Staatsangehörigkeit hat um weniger als 5% zugenommen.

Die Anzahl der EU-BürgerInnen hat sich innerhalb der letzten sieben Jahre fast verdoppelt. Der Zuzug aus dem EU-Raum übersteigt daher jenen aus anderen Staaten mittlerweile bei Weitem (siehe Abb. 11). EU-BürgerInnen erhalten aufgrund der EU-Regelungen (z.B. Niederlassungsfreiheit) kaum noch Vorteile durch eine Einbürgerung (z.B. Zugang zu bestimmten Leistungen), weshalb davon auszugehen ist, dass sie ihre Staatsangehörigkeit auch beibehalten werden.

Stark gewachsen ist darüber hinaus der Zuzug von Menschen aus dem asiatischen Raum, aus Amerika, Australien und Ozeanien. In absoluten Zahlen ist die Zuwanderung aus diesen Ländern jedoch von untergeordneter Bedeutung.

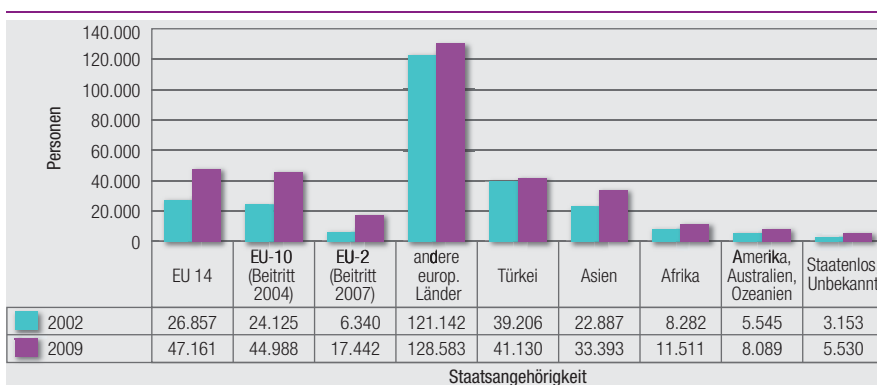


Abb. 11: Wiener Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit 2002 und 2009

Quellen: Statistik Austria, berechnet durch MA 5



Durch Familienzusammenführungen sind vermehrt Frauen ihren Männern nach Wien gefolgt. Dadurch hat sich die zahlenmäßige Diskrepanz zwischen zugewanderten Männern und Frauen verringert.

Insgesamt hat sich die Anzahl der WienerInnen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in den letzten sieben Jahren von 257.500 auf beinahe 338.000 erhöht. Dabei war ein stärkerer Zuzug von Frauen aufgrund der Familienzusammenführungen zu beobachten. Im Jahr 2002 war die Anzahl der Frauen rund 12% geringer als jene der Männer. Mittlerweile übersteigt die Anzahl der Männer mit ausländischer Staatsangehörigkeit jene der Frauen nur noch um etwa 5% (siehe Abb. 12).

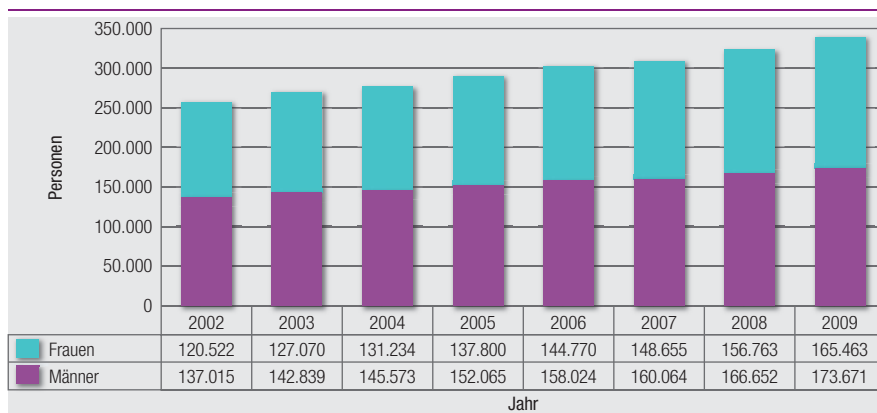


Abb. 12: Wiener Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit nach Geschlecht 2002–2009

Quellen: Statistik Austria, berechnet durch MA 5

Einbürgerungen

In den 1980er Jahren lag die Anzahl der Einbürgerungen relativ konstant bei rund 4.000 Einbürgerungen pro Jahr. Die Einbürgerungen nahmen Anfang der 1990er Jahre stark zu (1991: 8.047) und stiegen bis zur Jahrtausendwende langsam an. Ab dem Jahr 2001 folgte eine weitere Einbürgerungswelle, die 2003 mit rund 18.000 Einbürgerungen ihren Höhepunkt erreichte. In den letzten Jahren kam es wiederum zu einem Rückgang, 2008 wurden rund 3.800 Personen eingebürgert.

Dieser Rückgang ist vor allem auf eine Novelle des *Staatsbürgerschaftsgesetzes* im Jahr 2006 durch den Bundesgesetzgeber zurückzuführen. Bereits 1998 hatte eine Gesetzesnovelle den Staatsbürgerschaftserwerb erschwert. Die beiden Novellen brachten unter anderem eine Erhöhung der Frist bei frühzeitiger Einbürgerung, Verschärfungen beim Staatsbürgerschaftserwerb bei Eheschließungen oder die Einführung verpflichtender Deutschkenntnisse mit sich.

Darüber hinaus hängt die Anzahl der Einbürgerungen auch vom Ausmaß der Zuwanderung ab. So ist die niedrige Zahl an Einbürgerungen der letzten Jahre nicht singulär auf die restriktivere Einbürgerungsgesetzgebung, sondern auch auf die relativ niedrigeren Zuwanderungszahlen in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zurückzuführen.

Die letzten Jahre waren durch eine geringere Anzahl an Einbürgerungen gekennzeichnet.

Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft

Der Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft kann entweder durch Rechtsanspruch oder Ermessen erfolgen. Auf jeden Fall müssen die allgemeinen Einbürgerungsvoraussetzungen bezüglich Aufenthalt, Unbescholtenheit, Lebensunterhaltssicherung, Kenntnisse der demokratischen Ordnung und Geschichte Österreichs sowie der deutschen Sprache erfüllt sein. Zuständige Behörde ist das Amt der jeweiligen Landesregierung.

Die meisten Einbürgerungen sind seit den 1990er Jahren bei Staatsangehörigen aus Serbien und Montenegro sowie aus der Türkei zu verzeichnen. Nur im Jahr 2007 fiel die Türkei auf den dritten Rang hinter Bosnien und Herzegowina zurück. Einbürgerungen von Staatsangehörigen der EU-15 haben sich seit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 stark verringert. Diese Entwicklung zeigte sich in den letzten Jahren auch für die osteuropäischen Beitrittsländer der EU-Erweiterungswelle 2004. Insofern kann davon ausgegangen werden, dass künftig der Anteil von MigrantInnen ohne österreichische Staatsbürgerschaft stärker steigen wird als jener von MigrantInnen mit österreichischer Staatsbürgerschaft.

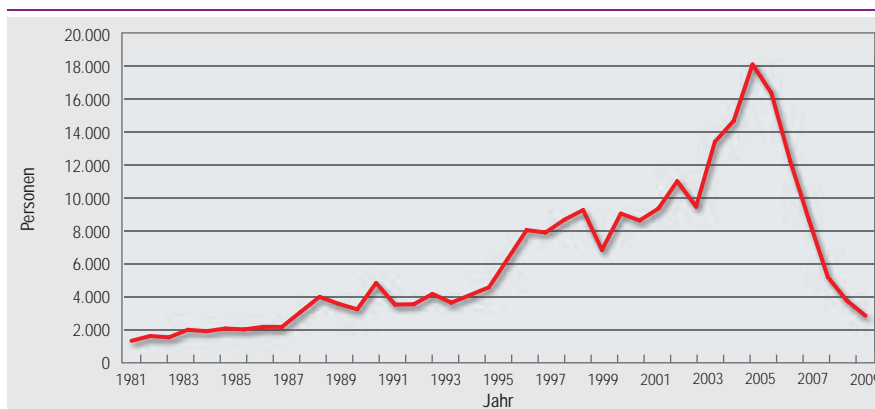


Abb. 13: Einbürgerungen in Wien 1981 – 2009

Quellen: Statistik Austria, bearbeitet durch MA 5 und MA24

Das Wiener Integrations- und Diversitätskonzept

Wien ist seit jeher durch Zuwanderung geprägt. Nachdem in den frühen 1980er Jahren der Anteil der nicht in Wien geborenen BürgerInnen einen historischen Tiefstand erreicht hatte, brachten die letzten 20 Jahre einen konstanten Anstieg der Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Wie in nur wenigen anderen Städten in Europa prägten politische Ereignisse (z.B. der Fall des *Eisernen Vorhangs* 1989, die Kriege auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien ab 1991, der Beitritt Österreichs zur EU 1995 sowie die EU-Erweiterungen 2004 und 2007) die städtische Entwicklung von Wien und veränderten die Rahmenbedingungen für die Zuwanderung. Die vergangenen zwei Jahrzehnte haben nicht nur die Stadt, sondern auch die städtische Politik in Hinblick auf Migration und Integration verändert. 28% der Wiener Bevölkerung wurden im Ausland geboren, 44% haben einen Migrationshintergrund, d.h. sie wurden entweder im Ausland geboren, sind ausländische Staatsangehörige oder zumindest ein Elternteil ist zugewandert.

Die Integrationspolitik in Wien basiert auf einem klaren Konzept: Die Zuwanderung ist klar und transparent zu regeln und unabdingbar an Integrationsmaßnahmen zu koppeln. Die vier Eckpfeiler dieses Konzeptes sind: *Sprache, Bildung und Arbeit, Zusammenleben sowie Messbarkeit*.

Diesen vier Eckpfeilern sind einzelne Maßnahmenpakete zugeordnet, die sich teils speziell an die ZuwanderInnen, teils an alle WienerInnen richten. Den Bogen spannt das *Bündnis für Integration und gegen Fremdenfeindlichkeit*.

Mit *StartWien*, dem 5-Punkte-Programm zur Integration, unterstützt die *Stadt Wien* die ZuwanderInnen in den Bereichen Sprache, Bildung und Job. Ziel ist, dass die ZuwanderInnen in Wien rasch Fuß fassen. In Schulungen werden wichtige Spielregeln des Zusammenlebens sowie Rechte und Pflichten vermittelt.

Die Sprache ist ein entscheidender Faktor für eine erfolgreiche Integration. Die Stadt Wien bietet daher kostengünstige und leicht zugängliche Deutschkurse an. Der *Wiener Sprachgutschein* in Höhe von 300 Euro ist an den *Wiener Bildungspass* gekoppelt. Um den Gutschein

einlösen zu können, ist der Besuch von mindestens drei Schulungen (Info-Module) im Rahmen von *StartWien* erforderlich.

Der Erfolg der Integrationspolitik ist auch entscheidend davon abhängig, welche Perspektiven junge Menschen haben. Daher ist es wichtig, dass eine Chancengleichheit hinsichtlich des Bildungs- und Arbeitsmarktzugangs besteht. Tatsache ist: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund entscheiden die Zukunft Wiens mit. Sie sind die HandwerkerInnen, KrankenpflegerInnen, TechnikerInnen und UnternehmerInnen von morgen. Diese Jugendlichen sind also unverzichtbar für eine wirtschaftlich erfolgreiche Zukunft.

Ein gutes Zusammenleben und eine gute Nachbarschaft sind wesentliche Eckpfeiler einer erfolgreichen Integration. Zahlreiche Projekte zielen daher auf eine Verbesserung des Zusammenlebens ab.

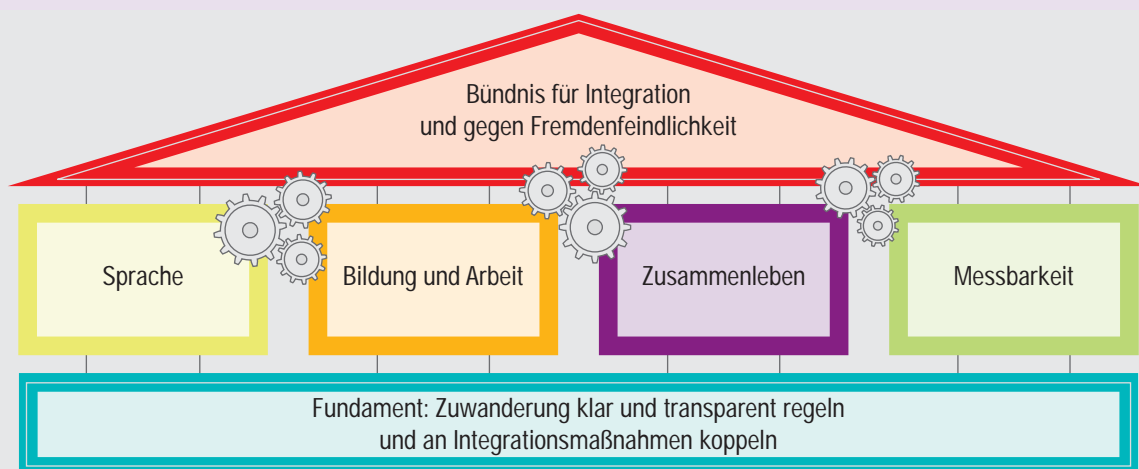
Die Erfolge der Wiener Integrationspolitik werden auch messbar gemacht (*Integrations- und Diversitätsmonitor*), um die Integrationsmaßnahmen evaluieren und weiterentwickeln zu können.

Die Stadt Wien verfolgt in der Integrations- und Diversitätspolitik einen proaktiven und gestalterischen Ansatz. Dieser ist

- ▶ auf eine gemeinsame Zukunft hin orientiert,
- ▶ anerkennend und auf die Gesamtgesellschaft bezogen,
- ▶ auf die Herstellung von Chancengleichheit und Gleichberechtigung hin angelegt,
- ▶ primär auf das Individuum und weniger auf ethnische Kollektive ausgerichtet, ohne dabei spezifische Bedürfnisse der Zielgruppen zu verkennen,
- ▶ leistungs- und potenzialorientiert,
- ▶ befähigend, fördernd und fordernd,
- ▶ partizipativ und nicht paternalistisch.

Weitere Informationen:

Am 9. April 2010 wurden die Ergebnisse des ersten *Wiener Integrations- und Diversitätsmonitors* im Rahmen einer Fachtagung der *MA 17* der Öffentlichkeit präsentiert. Die Berichte stehen als Download zur Verfügung: <http://www.wien.gv.at/integration/monitor.html> (24. 11. 2010). ■



□ Abb. 14: Das Wiener Integrationskonzept